

Konstruktives im kleinen Kreis erreicht

Runder Tisch bringt Ergebnisse: Aplawia bereitet Konzept zur Mitarbeit im Notwohngebiet vor

KITZINGEN (jst) Aplawia und die Stadt: Das war, den Aussagen der Verantwortlichen folgend, in den vergangenen Jahren keine einfache Beziehung. Seit vier Jahren, rechnete Aplawia-Geschäftsführer Volker Lang vor, habe es für den Verein keinen Auftrag der Stadt mehr gegeben, für die SDA GmbH nur ein paar wenige. „Wir meinen, dass wir zu kurz kommen“, erklärte der Ehrenvorsitzende Franz Böhm in der Runde, zu der Aplawia die Vertreter von Stadt und Stadtrat eingeladen hatte. Neben Lang vertraten Vorstandsmitglied Knut Roßberg und Sozialpädagogin Mona Sattler Aplawia. Mit Stefan Güntner (CSU), Klaus Heisel (SPD), Manfred Marstaller (UsW) und Böhm (ProKT) blieb die Runde klein, doch fanden die Beteiligten die Aussprache konstruktiv.

Im Kernbereich tätig werden

Wegen der im Stadtrat am 12. April beschlossenen Sofortmaßnahmen für das Notwohngebiet in der Egerländer Straße und Tannenbergsstraße sei Lang „in die Offensive gegangen, denn das ist unser Kernbe-

reich, wir kommen von dort und haben dort bis heute Kontakte“. Gerne würde Aplawia mitanpacken, fühle sich aber nicht wahrgenommen. „Es ist kein angenehmes und schon gar kein leichtes Thema, sondern ein jahrzehntelang gewachsenes und verfahrenes Problem“, kennt Roßberg sämtliche Facetten des Notwohngebiets, in dem er ab 1979 als Sozialarbeiter tätig war. Aplawia habe über viele Jahre versucht, einen Betrag zu leisten, um den Menschen zu helfen. Deshalb sei es „nur selbstverständlich, dass wir jetzt beteiligt werden wollen“.

Am liebsten würde Aplawia noch viel mehr leisten, „aber wir müssen uns das leisten können“, erklärte Roßberg den Konflikt. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel müsse der Verein über Aufträge erwirtschaften. Ein Verein wie Aplawia laufe nicht von alleine, denn neben den normalen Arbeitskosten trage er „immer die sozialpädagogische Betreuung obendrauf“, verdeutlichte Lang, wollte den Runden Tisch aber „nicht als Jammerveranstaltung“ gedeutet wissen. Böhm hatte den Ein-

druck eingangs dargestellt: „Wir wollen nichts geschenkt haben, aber wir wollen dabei sein und gerecht behandelt werden.“ So habe sich Aplawia aber nicht mehr gefühlt.

Ob Aplawia bei der Vergabe von Arbeiten letztlich berücksichtigt werde, sei eine andere Sache: „Es gibt keine rechtliche Verpflichtung für die Stadt, unsere Arbeit zu unterstützen, aber ich finde, es gibt eine moralische“, sagte Roßberg und Lang fügte an: „Ich möchte keinen Streit vom Zaun brechen, aber als Verantwortlicher muss ich schauen, dass die Leute, die zu uns kommen, auch eine Beschäftigung haben.“

Menschen in Arbeit bringen

Weil Aplawia auch wirtschaftlich agiere, gebe es den Verein noch, während viele Einrichtungen mittlerweile nicht mehr existierten. Er habe kein Problem, wenn günstigere Angebote den Vorzug erhalten, aber damit, nicht berücksichtigt zu werden. Lang hob hierbei das „Alleinstellungsmerkmal als Beschäftigungsträger“ hervor. Über eine geregelte Arbeit könnten bedürftige Men-

schen wieder in die Gesellschaft integriert werden.

Dass sich für Aplawia mit einem Engagement im Notwohngebiet ein Kreis schließen würde, verdeutlichte Roßberg. Für ihn sei es „der einzig richtige Ansatz, das Notwohngebiet irgendwann zur Geschichte werden zu lassen und diese nicht gerade schöne Episode Kitzingens endlich zu beenden“. Auf dem Weg dorthin könne Aplawia nicht nur die Sozialarbeit anbieten, sondern auch den Hausmeister stellen. „Er müsste nicht bei der Stadt angestellt sein“, gab Lang deren Vertretern zu bedenken. Versöhnliche Töne schlug Marstaller an. Ihm sei bewusst, „dass hier eine sehr gute Sozialarbeit geleistet wird.“ Die Vergabe der beschlossenen Maßnahmen sei für ihn nicht auf einen bestimmten Träger festgelegt. „Wir wären doch dumm, wenn wir auf diese gesammelte Expertise nicht zurückgreifen würden“, räumte er ein.

Die Sofortmaßnahmen seien beschlossen worden, erklärte Güntner, um nicht erst noch auf ein Konzept warten zu müssen, das am 1. Februar nach einem Antrag der KIK-Fraktion

im Stadtrat beschlossen worden sei. „Es ist bislang zu viel an Schreibtischen passiert. Aber so funktioniert das nicht. Du musst raus, hingehen und die Leute selbst an der Hand nehmen“, ergänzte Marstaller. Güntner konnte sich vorstellen, dass bei bestimmten Arbeiten eine Anfrage an Aplawia gestellt werde, „um das soziale Engagement zu unterstützen“.

Aplawia wollte gehört werden

Ebenso regte er die Verantwortlichen dazu an, ein Konzept zu erarbeiten und vorzustellen, wie sich der Verein bei den Aufgaben im Notwohngebiet einbringen würde. Lang sicherte ihm zu, innerhalb von vier Wochen ein solches vorlegen zu können. „Dass wir unsere Vorstellungen einmal präsentieren können, finde ich gut. Wir scheuen den Wettbewerb mit den anderen Trägern schließlich nicht“, zeigte sich Roßberg zufrieden mit der Aussprache. Auch Sattler freute sich darüber, gehört worden zu sein: „Um genau diese Möglichkeit, unsere Ideen darzustellen zu dürfen, ging es uns dabei.“